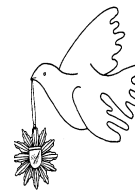


Bundesarbeitsgemeinschaft
Kritischer
Polizistinnen und Polizisten
(Hamburger Signal) e.V.



c/o Thomas Wüppesahl • Kronsberg 31 • 21502 Geesthacht-Krümmel

- Bundessprecher -

Thomas Wüppesahl
Kronsberg 31
D - 21502 Geesthacht-Krümmel

Tel.: 04152 – 885 666
Fax: 04152 - 879 669

25. April 2022

*Bei Corona gibt es in diesem Volk viel zu betrauern, viel zu viel.
Bei unseren Kirchen (Pädophilie-Serien), den Staatsanwaltschaften und
Kriminalpolizeien mindestens so viel.
In Europa und Russland absehbar geht es in Kürze erst noch richtig los.*

P R E S S E M I T T E I L U N G

Die Auswirkungen des Krieges kaum, aber die Art und Weise wie der Westen (NATO, EU und unsere politische „Elite“) damit umgehen, wird eine erhebliche Auswirkung auf das innenpolitische Klima – siehe auch Kapitel XXXII. und XXXV. haben. Also auch bei den 20 bundesdeutschen Polizeien. Das interessiert aber derzeit so gut wie niemanden. Die Polizeigewalt blüht weiter auf.

Vortäuschen völliger Sicherheit. Bei völliger Ahnungslosigkeit.

Es gab vor drei Tagen ein Interview in der Tageszeitung DIE WELT, das wir auf den Schlussseiten 24 bis 27 dokumentieren. Der Schweizer Rechtsprofessor, Nils Melzer, äußert sich darin aus seiner Rolle des UN-Menschenrechtsbeauftragter, der er bis vor kurzem – März 2022 – gewesen ist. Wir hätten es nicht besser formulieren können. Lesen Sie selbst, denn der Nachhall in anderen Medien und der Politik ist gleich Null. Das ändert allerdings weder an den Problemen noch an der Realität etwas.

In unserer Pressemitteilung vom 2. März 2022 schrieben wir unter der Überschrift: „**Warum kapituliert die Ukraine nicht?**“

Inzwischen wissen wir warum nicht:

Die USA haben mehrere ausgeprägte Interessenlagen den Krieg in der Ukraine möglichst lange am Leben zu erhalten.

- I. Am 30. März 2022 teilte die Delegation der Ukraine ihrem russischen Gegenüber in Istanbul mit, dass man anböte, die Ukraine unter bestimmten Sicherheitsgarantien für neutral zu erklären und auch bereit sei auf eine NATO-Mitgliedschaft zu verzichten!
- II. Vier Wochen zuvor, am 2. März 2022, schrieben wir in unserer PM unter der Ziff. 28., auf Seite 8, unten:
„Washington hatte alle Hebel in der Hand, um der Ukraine – auch dem besessenen Kabarettisten Jelinsky – in etwa zu sagen:
„Ihr geht vor die Mikrophone und teilt der Weltöffentlichkeit mit, dass die Ukraine in den nächsten 30 Jahren keinen Aufnahmeantrag in die NATO stellt.“, oder: „Ihr geht vor die Mikrophone und teilt der Weltöffentlichkeit mit, dass die Ukraine sich einen neutralen Status verschaffen will. So wie Finnland, Schweden, Österreich, die Schweiz etc.“
- III. Da stellt sich dem interessierten Beobachter die Frage: Warum wurde seitens des „Westen“ – meint: NATO, also den USA - nicht bereits so auf den Brief von Putin aus dem Dezember 2021 reagiert? Jetzt handelt es sich längst um einen Krieg von Russland gegen die Ukraine/NATO.
Gelegentlich wird dies von Akteuren auch formuliert.
- IV. Genauso klar ist, dass die Ukraine diese scheinbar weitreichenden Zugeständnisse am 30.03.2022, nicht von sich aus macht. Sie sind ohnehin noch vergiftet, weil sie faktisch mit Sicherheitsgarantien durch diverse NATO-Staaten unterlegt werden sollen. Das würde faktisch auf eine NATO-Beistandsklausel light nach Art. 5 des NATO-Vertrages hinauslaufen.

Zwischenruf:

a) Der Kabarettist und Schauspieler, derzeit Staatsführer der Ukraine, Jelinsky, hatte noch Mitte März 2022 – etwa 25. Kriegstag – und wenige Tage vor der Neutralitätsrhetorik davon schwadroniert, dass ein Wendepunkt im Krieg stattfände und die Ukraine gerade dabei wäre, die russische Rote Armee zu besiegen. Hahaha..., man muss kein Fankclubmitglied für die russische Armee

sein, um darüber entweder zu weinen oder zu lachen.

Dieser Mann, ein wahrer Hasardeur, hatte noch einen Tag vor dem Angriff Russlands auf sein Land mit ebenfalls überzeugend wirkender Attitüde – Jelinsky ist halt viele Jahre auf den Brettern der Welt zu Hause gewesen - erklärt, dass Russland nicht angreifen würde. – Der Mann ist längst ein Risiko für UA.

b) Zu Jelinsky, der in Russland wie in der Ukraine zum Movie-Star durch seine Kabarettssendungen auf dem Kanal des Oligarchen Kolomojskyi berühmt und beliebt wurde: 2017 spielte er in der Serie „Diener des Volkes“ einen Geschichtslehrer, der vor seiner Schulklasse über die Korruption und weiteren Missständen in seinem Land herzog. Diese Äußerungen - aus der Filmrolle heraus – wurden von Schülern gefilmt und anschließend ins Netz gestellt. Darüber wurde dieser „Diener des Volkes“ berühmt und zum Präsidenten gewählt. Soweit der inhaltliche Strang des Films.

Und die Charakteristika aus der Filmrolle, die Jelinsky spielte, schrieben ihm über 60% der ukrainischen Bevölkerung auch in der Realität zu.

Das ist ungefähr so dämlich wie die über 50% der bundesdeutschen Bevölkerung bei Umfragen dem beliebten TV-Fragesteller Günter Jauch das Amt des Bundespräsidenten zuschreiben wollten. Weil er ja immer alle richtigen Antworten bei seinen Kandidaten wusste.

Jauch war aber nicht so dämlich (wie Jelinsky) tatsächlich anzunehmen, dass er das Staatsamt ausüben könne. Und – wer weiß -, unsere Bevölkerung hätte ihn wohl tatsächlich gerne als Bundespräsidenten gesehen.

Wie einfach es doch ist ein dummes Volk zu regieren.

c) Zwei Jahre später, 2019, wurde dieser Film in der Realität „wiederholt“. Gewissermaßen ein realistisches Politikabarett:

Jelinsky wurde Präsident in der Ukraine.

Kein Witz. Realität. Auch kein Witz:

In Italien hatte vor wenigen Jahren auch ein Kabarettist aus Florenz erfolgreich debütiert und dann die Rechtsextremisten in Rom an die Regierung koalitiert. In Kiew ist eh alles rechts aussen oder sogar braun.

d) Sowohl bei seiner Prominenz als auch bei dieser Wahl waren die Grundlage des Wahlerfolges dieses Hasardeurs die Unterstützungsleistungen des bereits oben erwähnten Oligarchen Kolomojskyi. Ihm gehört auch der Fernsehkanal, über den Jelinsky seine Kabarett-Sendungen als auch den Film „Diener des Volkes“ ausstrahlen konnte.

Die Oligarchen der Ukraine bestimm(t)en was gesendet wird. Ohne das Geld von Kolomojskyi, seine Personenschützer u.a.m. hätte Jelinsky die Wahlen nicht gewinnen können.

Jelinsky: Einer der Stars in den Pandora-Papers

Ferner sollte man zur Kenntnis nehmen: Kolomojskyi galt und gilt als die personifizierte Korruption und Bestechung in der Ukraine.

e) Jelinsky selbst – wie auch der Oligarch Kolomojskyi – tauchte im Oktober 2021 in den Pandora Papers auf. Demnach unterhielt er eine Briefkastenfirma in einer Steueroase. Nur ein Beispiel für Dinge, die Jelinsky vor seiner Wahl kritisiert hatte. Offenbar nur um sie selbst dann auszuführen. Und so und ähnlich ticken fast alle in der politischen Elite in UA: **Me First!**

f) In der Ukraine wird also auch die Freiheit des übrigen Europas verteidigt. So so. Und sogar die Werte Europas, so Flinten-Uschi, ZensUrsula in Brüssel und weitere MitbürgerInnen in Staatsämtern.

Tatsächlich wird unsere Freiheit weder in der Ukraine wie in Afghanistan, dem Irak, oder sonst wo verteidigt. Oder haben wir das Maß an Freiheiten hier nicht mehr, weil die Taliban die USA und ihre Koalition der Willigen (Volltrottel) zur Flucht treiben konnten und im Irak mehr der Iran als sonst wer das Sagen hat?

g) Uns ist kein Krieg bekannt, der nicht aus wirtschaftlichen Interessen geführt worden ist. Das betrifft auch die sog. Religionskriege der Antike, des Mittelalters und der Neuzeit. So und nicht anders ist es hier. Das betrifft sowohl die Motive Russlands wie auch der USA.

h) In relevanten Ministerien sitzen in Kiew nach wie vor – und mittlerweile mehr als vor Kriegsbeginn – Dutzende Agenten des CIA und definieren was für die Ukraine richtig ist. Das macht auch nachvollziehbar, warum Jelinsky so bedingungslos seine Bevölkerung und sein Land opfert, in die Schlacht wirft. Ob die Generalmobilmachung wie andere Entscheidungen. Er bekommt darüber die Plattform, im Westen zum Helden gemacht zu werden. In welchem Parlament hat er nicht gesprochen? Österreich, Wien, wollte ihn nicht hören. Ansonsten fast überall. Vor der Generalversammlung der UN, dem europäischen Parlament, heute der Weltbank usw.

Die Reaktionen aus den Abgeordnetenreihen waren und sind mit wenigen Ausnahmen erschreckend. Nach der ersten Gesprächsrunde zwischen Russland und der Ukraine wurde anschließend ein Geheimdienstler der Ukraine von eigenen Kräften wegen angeblichen Landesverrats exekutiert. Die Rücksichtslosigkeiten der Ukraine gegen eigenes Personal stehen dem Vorgehen in Moskau in nichts nach.

Agenten des CIA in Kiewer Ministerien – Pakistan lässt grüßen

i) Während z.B. in der Bundesrepublik Deutschland viele Abgeordnete erst über die Staatsschauspielschule Eins, dem Deutschen Bundestag – siehe z.B. Karl Lauterbach, Anton Hofreiter, Annelena Baerbock und viele viele andere mehr – zu großer Form auflaufen, ist es mit Jelinsky genau umgekehrt:

Er stellte die Idealbesetzung dar. Siehe die Serie „Diener des Volkes“ und jahrelange Bühnen- wie Filmpraxis, gewissermaßen als Trockentraining für die Rolle seines Lebens: Präsident im Kriegsmodus.

Damit kein Missverständnis auftritt: Nicht dass er für seine Bevölkerung die Idealbesetzung darstellt! Nein, er ist für den Westen, insbesondere Washington und London, die Idealbesetzung.

j) Die Ukraine wird instrumentell von Washington wie der NATO – deshalb auch die verrenkten Auftritte vom NATO-Generalsekretär, Jens Stoltenberg, in der Zeit vor Kriegsbeginn und den ersten Tagen nach Beginn – ge- und verbraucht. Wir haben hier einen klassischen Stellvertreterkrieg was die Rolle der Ukraine angeht – nur dass es sich bei dem Kriegsgegner um die zweitgrößte Atommacht der Erde handelt und keinen ihrer Stellvertreter.

Bereits am 2. März 2022 formulierten wir, dass uns niemand erzählen kann, dass die Mütter der ukrainischen Männer glücklich sind, was bereits über sie hinweggerollt ist. Und jetzt geht es erst richtig los, meint: Noch weit schlimmer als der Krieg bereits gewesen ist. Die Medienberichte sind voller Einzelschicksale mit weinenden, verletzten, verzweiferten Menschen. Da ist kein Raum für falsches wie aufgesetztes Heldenepos. Es geht um handfeste Interessen von RUS wie den USA. Da gibt es nichts Altruistisches bzw. originäre Freiheitsmotivation.

k) Jens Stoltenberg, seit März 2014 der Generalsekretär der NATO, wollte sich eigentlich zurück nach Norwegen retten und als Banker weiter wirken. Jetzt darf er (wieder einmal) die Drecksarbeit für die USA machen. Auch noch ein Jahr länger als von ihm geplant.

Wenige Länder waren und sind korrupter als die Ukraine

l) Die gesamte Ukraine war auch vor dem Krieg seit 24.02.2022 ein durch und durch korrupter Staat. Die Wirtschaft des Landes galt als eine der schwächsten weltweit. Es gab 2014 (Maidan-Aufstand) Faschisten in der Regierung. Heute

sind es Nationalisten von einer Sorte, die in der Bundesrepublik Deutschland nicht einmal in der AfD einen Platz fänden und die AfD wird hier „beobachtet“.

Trotzdem wurde die Ukraine seit 2015 auf das vorbereitet was jetzt stattfindet. Entscheidend von den USA und GB. So ist auch zu erklären, warum die USA – Stand: heute – bereits 7,6 Mrd. US-Dollar rübergeschoben haben. Vor allem für militärische Zwecke. Die erste Tranche ist gerade aufgebraucht. Der Kongress wird von Präsident Biden demnächst um weitere Milliarden gebeten.

Noch in den ersten Tagen wurden NATO-Angehörige, Soldaten, im dreistelligen Bereich bei den gezielten Angriffen der russischen Armee aus der Luft auf Biowaffenlabore und andere Spezialitäten auf ukrainischem Territorium getötet. Darüber wird in der Bundesrepublik Deutschland nicht geschrieben oder gesprochen.

m) Jetzt hat Kiew den „Fragebogen“, den Flinten-Uschi bei ihrem Besuch in Kiew vor kurzem überreicht, in Windeseile ausgefüllt nach Brüssel zurückgereicht. Es geht um eine bevorzugte wie auch beschleunigte Aufnahme in die EU.

Vor dem Krieg war klar, dass die Ukraine noch Galaxien von der definierten EU-Reife aufgrund reihenweise gerissener Kriterien entfernt bleibt. Auch dauert ein solcher Prozess viele Jahre. Die Türkei könnte darüber mehrere Opern schreiben.

Der Ukraine hingegen wird jetzt zugestanden, dass sie bereits im Juni d.J. Aufnahmekandidat sein könne. Obwohl die Ukraine durch das Kriegsgeschehen noch viel weiter von einer Aufnahmereife entfernt ist als vor Kriegsbeginn.

Hat noch jemand ernsthafte Fragen oder Zweifel, was hier „gespielt“ wird?

n) Das Problem für die NATO war/ist, dass in der Ukraine – genauso wie in Wuhan – die USA Biowaffenlabore finanziell unterstützen. Daran war in beachtlichem Maße auch der Sohn, Hunter Biden, des jetzigen US-Präsidenten, Joe Biden, beteiligt. Schon deshalb wurde und wird die Ukraine stark gemacht. Man hatte in Washington erkannt: Wunderbar. Korrupt durch und durch. Mit denen kann man dealen, anders als mit China (wg. Wuhan), aber es geht wunderbar. Und dieses Engagement muss unterstützt und belohnt werden.

Nur: Das sind nicht die Interessenlagen der europäischen Länder. Diese machen aber mit wenigen Differenzen mit. Noch. Die Rechnung kommt beim Supermarkt an der Kasse bzw. am Ende der Heizperioden. Und nicht nur bei Gas-

preisen, dem Öl usw., für viele dann auch gesundheitlich.

o) Dieses Szenario wurde noch dadurch verstärkt, dass Hunter Biden Gelder nach Tschernobyl buchte, weil dort bestimmte Kernforschungsprojekte der Ukraine im Auftrag der USA erfolgten. Ein ideales Terrain: Eh verseucht, Sperrzone und normalerweise will niemand dort rein.

Die russische Armee war gleich nach Kriegsbeginn genau aus diesen Zusammenhängen in Tschernobyl. Es wurden hoch bedeutsame Teile abtransportiert, genauso wie mehrere Biowaffenlabore mit Präzisionswaffen durch Russland ausgeschaltet worden sind. Dazu fand auch eine knüppelharte Luftlandeoperation statt, die hier nur verklärt in unseren Medien gespiegelt wird.

Auch darüber liest und hört man in unseren Medien nichts bzw. wenn dann verklärend: Russische Soldaten wären in Tschernobyl verstrahlt worden oder der Kabarettist ließ verkünden, dass die Gefahr eines weiteren GAU's durch die russische Armee in Tschernobyl bestünde. Solche Desinformationen existieren zuhauf. Es herrscht Krieg. Und Jelinsky kann die Klaviatur von Dramatik und Tragödie perfekt bedienen. Gelernt ist gelernt. Beide Kriegsparteien desinformieren, wenden sogenannte Kriegslisten an – aber warum macht der Westen nur einseitig Front gegen Russland? Vor allem die EU-Länder! Nur wegen der Abhängigkeit vom US-amerikanischen Sicherheitsschirm, weil man hier ja wie dumme Weidentiere bei bestem Wetter im Hochsommer die Gräser und Kräuter vertilgte, die sog. Friedens-Dividende?! Oder gibt's mehr von der erlegten Beute? Bekanntlich soll man das Fell des Bären nicht vor dessen Ende verteilen.

Wie häufig versehentlich(?) solche Sätze im auch öffentlich-rechtlichen TV kamen. Unkorrigiert wie unwidersprochen. So die Energie-Expertin, Frau Prof. Dr. Claudia Kemfert, vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung u.v.a.:

„Wir sind im Krieg“

p) So geht das in einer Tour in Berlin: Es wird nicht vorausschauend politisch gearbeitet. Ob bei Corona die Empfehlungen des selbst von der Bundesregierung 2012 bestellten Berichts des RKI mit Bundestagsdebatte gelangweilt weggeschoben wurde, nahezu null Vorsorge, Vordenken, oder bei unserem Katastrophenschutz, der kontinuierlich abgebaut worden ist und und und.

Für solche Schlechtleistungen brauchen wir keine Hundertschaften an gewichtig tuendem Stimmvieh im Parlament und – inzwischen – Dutzende Regierungsmit-

glieder, weil die Stellen von Parlamentarischen Staatssekretäre und Staatsminister inflationär aufgestockt sind. Permanent hecheln unsere Bundesregierungen erst los, wenn die Probleme dem letzten Tiefschläfer auffallen: Ob Hetze im Internet, dem maroden Zustand der Bundeswehr, bei Corona in jeglicher Hinsicht (Gesundheitsämter, Katastrophenvorsorge), Digitalisierung usw.

Ein Teil der Erklärung ist vorstehend zu lesen. Längst ist der Krieg zu einem solchen zwischen Russland und der Ukraine/NATO geworden. Das hat Russland mittlerweile veranlasst, darauf hinzuweisen, dass „die Spielregeln verändert sind“, weil die EU sich über ihren Außenbeauftragten Josep Borrell selten dämlich äußerte. Und dieser Tage kündigte Moskau auch an, dass die Waffentransporte aus dem Westen inzwischen militärische Ziele darstellten. Eigentlich logisch.

Gleichzeitig kam unmissverständlich die Warnung, dass Russland die weitere Lieferung von auch gerade schweren Waffen an die Ukraine nicht ohne Konsequenzen lassen werde.

Solche Ankündigungen sollten im Westen ernst, sehr ernst, genommen werden. Auch in unseren Medien diskutiert werden. Vielleicht ja auch im Deutschen Bundestag?! Mal. Wäre ja denkbar.

q) Stattdessen agieren sowohl der Staatenlenker Jelinsky wie auch sein Lautsprecher hier in Berlin weniger wie Diplomaten denn Rotzlümmel in Amt und Würden. Sie beleidigen und verunglimpfen in bislang beispielloser Manier Handlungen dieses Staates und deren Verfassungsorgane. Die Stimmung kippt. Zum Glück. Dieser Tage sprach die SPD-Spitze mit diesem unseligen Botschafter der Ukraine; auch um wieder dem diplomatischen Niveau, wozu unter anderem gehört, sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Gastlandes einzumischen, näher zu kommen.

Diplomaten mit Rotzlümmel-Attitüden

r) Es gärt, weil immer mehr Menschen der Rotzlümmel-Auftritte von Jelinsky und seinem Berliner Botschafter Leid haben. Und auch die fehlenden Unterstützungen unserer eigenen Hilfsbedürftigen, weil zum Beispiel Die Tafeln so gut wie nichts mehr bekommen und anderes mehr.

Vor dem Krieg gab es gut 6.000 ukrainische StudentInnen. Jetzt sind es 100.000.

Es dürften 400.000 werden. Eine ähnliche Entwicklung – mit noch größerer Zahl – kommt auf die allgemeinbildenden Schulen zu. Aber auch dort hat die Politik gravierend versagt, oder – um es mit Jelinsky zu sagen – haben unsere Schulen aufgrund leerstehender Räume, Däumchen drehender Lehrkräfte endlich auf SchülerInnen gewartet.

s) Nochmals zum erinnern: Nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz ist es der Bundesrepublik Deutschland untersagt, Waffen an ein aktives Kriegsland zu liefern. Bisher war dies nur über die NATO-Klausel möglich. Da die Ukraine nicht in der NATO ist, befördert jede Freigabe nicht bloß den Krieg, sondern ist sie illegal. OWD lässt grüßen.

Weiterhin hülfe ein Blick in die Präambel des Grundgesetzes wie auch in den Vertrag zur Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV).

Da sind klare Ziele formuliert, die mit der Vorgehensweise in Berlin wie auch aus Brüssel diametral im Konflikt stehen. Das alles gilt staats-, verfassungsrechtlich für die sich überschlagenden Protagonisten, ob Flinten-Uschi, Herrn Scholz und dem Rest seiner Regierung. Theoretisch. Aber ist ja bloß Verfassungstheorie.

„Nicht schon wieder 1914“ (Prof. Dr. Thomas Fischer)

t) Nach dem AEUV soll der Wohlstand der Bevölkerung gemehrt werden. Ziel ist es auch, allen europäischen Nationen ein Angebot zu machen. Russland machte via Putin 2005 den Vorschlag in die EU zu gelangen.

Russland wie die Ukraine sind beide Nationen Europas.

Diese Ziele werden aktuell also nicht bloß verfehlt. Das ist nicht knapp daneben, oder so, sondern es wird gerade dagegen gearbeitet. In Berlin wie in Brüssel. Die letzten 100 Jahre haben doch einen Beweis ganz sicher erbracht: Waffen haben für die Bürger dieser Welt noch nie Frieden gebracht, sondern immer nur einen unglaublichen Blutzoll. Und unglaubliches Leid.

u) Auch der aktuelle Handels-, Wirtschafts- wie Finanzkrieg mit Russland ist mit der Präambel der AEUV absolut nicht vereinbar. Genauso wenig wie aktuell die Ukraine darin zu bestärken, dass sich ein bewaffneter, ein militärischer, Krieg ausbezahlt. Es ist doch für jeden Analphabetiker ersichtlich, dass die Zerstörungen durch den Angriffskrieg Russlands umso größer sind und entsprech-

end weiter zu nehmen je mehr Waffen geliefert werden. In sogar erheblichem Umfang.

Hier ist es noch schlimmer für den wertorientierten Westen, weil er die Ukraine auch noch aufhetzt, sie mit falschen Einschätzungen in die Gefechte jagt. Aber mit der Orientierung ist das ja so eine Sache. Letztlich hören wir den Unfug der „Berater“ von USA + GB aus den Mündern von Jelinky und Melnik.

v) Das alles erfolgt in einer Manier wie früher in unser aller Schulzeit:

Man hat von zu Hause erfahren, steck´ keine Stricknadel oder was anderes in die Steckdose. Egal. Der Forschergeist ist geweckt. Aber man hat auch gehörig Schiss und will dennoch wissen, was passiert, wenn man es dennoch tut. Und in jeder Klasse gibt es einen Deppen, den man mit gutem Zureden dazu bekommt. Jugend forscht. Hautnah erlebt.

Ohne selbst die Konsequenzen tragen zu müssen.

Dieses Beispiel mit der Stricknadel und der Steckdose mag drastisch sein. Es ist aber noch harmlos im Vergleich dazu, was wir gerade in der Ukraine beobachten können.

x) Deutschland, England, Frankreich haben sich in den letzten 500 Jahren blutige Nasen in Russland geholt. Und nun haben wir diesen kleinen toughen dummen Jungen aus der Klasse, die Ukraine, gefunden, und wollen mal sehen, ob der mit den neuen supertechnischen Waffen..., nachdem er schon so blöde war, bei sich zu Hause Biowaffenlabore und spezielle Kernforschungen (in Tschernobyl) in Auftragsarbeit durchführen zu lassen. Ein heißes Experiment.

Der Ausgang ist doch bekannt. Der nächste Winter kommt bestimmt. Der Bär ist geweckt und wird sein Fell (die unermesslichen Rohstoffe und seine Großmachtstellung) wieder nicht hergeben. Wie war das mit der Lernfähigkeit noch?

Ende des Zwischenruf

- V. Um mit den Falschinformationen bei uns bzgl. der Biowaffenlabore aufzuräumen: Am 8. März 2022 erklärte die US-Staatssekretärin im Außenministerium, Victoria Nuland, im US-Kongress, dass man in großer Sorge wäre, dass Russland die US-Labors in der Ukraine unter Kontrolle bekommt. Nahezu nichts dazu in unseren Leitmedien.
- VI. Inzwischen hat Jelinsky mehrfach Forderungen erhoben, die – wäre ihnen durch gerade die europäischen Staaten nachgegangen worden

– wir im 3. Weltkrieg stünden. Dieser Seiteneinsteiger in die Politik, der ja erst seit wenigen Jahren im professionellen Bereich der Politik unterwegs ist, führt für Washington, also die USA/NATO einen Stellvertreterkrieg.

Er ist ähnlich skrupellos bzw. naiv-dämlich wie so viele westeuropäische Staatenlenker, nicht nur der Wuschelkopf in der Downing Street No. 10. Er ist nicht bloß ein Hasardeur, sondern nachgerade wie asozial ggü. seinem eigenen Land, weil das Ergebnis seiner Ergebenheit für die NATO/USA werden umso größere Flüchtlingsströme, umso größere Zerstörungen in der Ukraine und viel viel Leid sein. Wir schrieben das bereits am 2. März. Jetzt aber geht es „dank“ der Regie aus Washington aber erst richtig los. Mit noch nicht erkennbaren Endpunkten, denn die Eskalation ist auf beiden Seiten weiter voll am Hochschaukeln.

VII. Der US-Starökonom Jeffrey Sachs, der viele Staaten Osteuropas in die Marktwirtschaft beratend begleitete, warnte vor kurzem in der DIE WELT vor der US-Strategie, die auf einen langen Krieg in der Ukraine mit Tausenden von Toten hinauslaufe.

Er fordert die NATO, die USA und vor allem die EU auf, im Ukraine-Krieg auf Verhandlungen statt auf Waffenlieferungen zu setzen. Die US-Regierung sei bereit, einen Krieg auch in anderen Bereichen Europas in Kauf zu nehmen.

Das sei nicht bloß unmenschlich, sondern auch nicht im Interesse von Europa.

Wie maximiere ich Kriegsschäden?!

VIII. Die Bundesregierung hat(te) sich ausdrücklich per Richtlinie bezüglich des Exports von Rüstungsgütern und insbesondere Kriegswaffen selbstverpflichtet, diese nicht in Krisengebiete geschweige in Regionen vorzunehmen, in denen Krieg herrscht. Diese Selbstverpflichtung, ggü. dem Deutschen Bundestag rechenschaftspflichtig, existiert nicht nur vor dem besonderen Hintergrund der deutschen Geschichte zu zwei losgetretenen Weltkriegen, sondern auch deshalb, weil man erkannte, dass durch die Unterstützung z.B. einer Kriegspartei (wie derzeit der Ukraine) der Krieg verlängert und in der Regel verschlimmert werde; vor allem für die Zivilbevölkerung. Durch die Waffenlieferungen an die Ukraine wird der Krieg mit Russland weder verkürzt noch wird dort unsere Freiheit oder Sicherheit verteidigt.

- ix. Apropos Freiheiten, völkerrechtswidrige(r) Angriffskrieg(e) und ähnliche Begriffe: Seit genau einer Woche führt die Türkei einen Angriffskrieg aus der Luft und am Boden gegen kurdische Kämpfer im benachbarten Nordirak. Artillerie, Kampfflugzeuge und Hubschrauber seien an den «Angriffen auf Lager, Tunnel, Munitionsdepots und Unterstände beteiligt», teilte das Verteidigungsministerium in Ankara mit. Kommandos und Spezialeinheiten würden anschließend per Hubschrauber in die Region geflogen: «Unsere Operation wird wie geplant erfolgreich fortgesetzt», erklärte Verteidigungsminister *Hulusi Akar* der Presse. Dabei liess er sich im Hauptquartier der Luftwaffe in Ankara ablichten, flankiert von seinen Stabschefs. «Die Terroristen müssen begreifen, dass sie sich nirgendwo verstecken können; sie müssen sich ergeben, da ihr Ende gekommen ist».
- x. Die Türkei ist ein Mitglied der NATO, sie im Übrigen die größte Landstreikraft Europas, nach Russland. Und sie ist kampferprobt.

Vermisst irgendjemand den Politik-Tourismus zu Kurdenführern? So wie wir ihn nahezu täglich nach Kiew erleben...

Wieso erhalten die Kurden, die auf irakischem Staatsgebiet geduldet werden, keine Waffen – Waffen – Waffen. Selbstredend auch „schwere Waffen“? Zur Selbstverteidigung.

Wieso lesen und hören wir nichts in unseren Medien über diesen völkerrechtswidrigen Angriffs- wenn nicht erklärten Vernichtungskrieg der Türkei?

Wieso gibt es keine Bilder über weinende Kinder, trauernde Angehörige, zerstörte Zivilgebäude usw. aus dem Nordirak?

Findet das irgendjemand merkwürdig? Nein? - Wir schon.

Verstörend ähnliche Rhetorik zu Russland

- xi. Von einem «Krieg» gegen Kurden im Irak ist nicht die Rede, sondern von einer «Operation» mit dem phantasievollen Namen «Claw Lock»: Die «Terroristen» sind in diesem Fall die Kämpfer der PKK. Die PKK hat seit 1984 einen unerbittlichen bewaffneten Kampf gegen die Türkei geführt, um eine Art Autonomie für die schätzungsweise 15 Millionen Kurden in der Türkei zu erreichen. Anfang der 2010er-Jahre kam es zu Friedensverhandlungen zwischen beiden Konfliktparteien. Dabei einigten sie sich auf einen Rückzug der PKK-Kämpfer in den Nordirak. Seither konnte die

PKK ihre Lager, die sie im kurdischen Nordirak seit 1988 unterhält, ausbauen.

Seit Montagmorgen, 18. April 2022, bombardiert das türkische Militär nun ein grossflächiges Gebiet von Metin, Avasin-Basyan und Zap aus bis hin nach Gara. Sobald die Türkei den Einfluss der Terroristen in diesen Regionen ausgemerzt habe, wolle sie auch «Kandil, Sinjar und Mahkhour vom Terrorismus befreien», frohlockte die regierungsnahе Tageszeitung «Daily Sabah».

Das könnte einen lange anhaltenden Krieg im Nachbarland Irak bedeuten, liegen doch Qantil direkt an der iranischen Grenze und Sinjar und Mahkhour in Zentralirak.

So gut wie nichts darüber in unseren Medien. Ob Tagesschau, Heute oder sonst wo. Nicht einmal eine Meldung.

- XII. Die Türkei mache von «ihrem Recht auf Selbstverteidigung nach Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen Gebrauch», meinte der Sprecher der Regierungspartei Ömer Celik. Er machte «Sicherheitsinteressen» geltend: Laut «Geheimdienstinformationen» habe die PKK einen «groß angelegten Angriff auf die Türkei» geplant, sagte der Regierungssprecher. Beweise dafür präsentierte Celik nicht. Stattdessen kritisierte er Syrien und den Irak: «Idealerweise sollten unsere Nachbarländer in der Lage sein, die terroristischen Gruppen selbst von ihrem Territorium zu vertreiben. Da sie aber dazu offenbar nicht in der Lage sind, müssen wir unsere Bevölkerung schützen».

Iraks Aussenministerium protestiert

Der Sprecher des irakischen Außenministeriums kritisierte die Türkei für die Verletzung der irakischen Souveränität. Der Irak sei kein Territorium, auf dem fremde Mächte ihre Konflikte austragen dürften, schrieb er. Bagdad Muqtada al-Sadr, dessen Bewegung im Parlament die größte Fraktion stellt, warnte am 19. April die Türkei vor weiteren Operationen auf irakischem Boden. (Quelle: «Frankfurter Allgemeine Zeitung»)

Die «Wertegemeinschaft» steht nicht für ihre Werte ein

- XIII. Unsere Welt erlebt eine «Zeitenwende», erklärte Bundeskanzler Olaf Scholz nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine am 28. Februar 2022 im Dt. Bundestag. «Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor.» Wie er ausführte, ginge es im Kern um die Frage, «ob Macht das Recht brechen darf oder ... ob wir die Kraft aufbringen, um Kriegstreibern wie Putin Grenzen zu setzen.» Er versprach:

«Wir werden uns nie abfinden mit Gewalt als Mittel der Politik.»

Nie? Bisher hat die Regierung in Berlin den neuen völkerrechtswidrigen Angriff der Türkei im Irak nicht einmal auch nur kritisiert.

Der Jahresbericht des US-Aussenministeriums über die Menschenrechte in der Türkei, der Mitte April veröffentlicht wurde, enthält erschreckende Details über

die Zehntausenden von politischen Gefangenen in der Türkei,

- die Schikanie von Journalisten,
- die systematische Folter,
- die anhaltende Unterdrückung der Meinungsfreiheit,
- die ungebrochene Repression gegen die Kurden des Landes,
- die Gewalt gegen religiöse Minderheiten, Frauen und Homosexuelle.

US-Präsident Joe Biden versprach nach seiner Wahl, der Respektierung von Menschenrechten höchste Priorität einzuräumen. Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine verurteilt seine Regierung Moskau in schärfsten Tönen und verhängt noch nie dagewesene Sanktionen.

Sie stellt den Krieg in der Ukraine als einen Kampf der Systeme dar, als einen Kampf also zwischen der Demokratie und der Menschenrechte auf der einen Seite und der Despotie auf der anderen.

Die Heuchelei macht vieles transparent

XIV. Warum aber nur bei Russland? Wieso nicht auch Wirtschaftssanktionen gegen die Türkei? Ach so, man brauche die Türkei wegen der Flüchtlingsströme und anderer Gefälligkeiten?! – Wieso nicht auch Wirtschaftssanktionen gegen China, schon alleine wegen der einer Million Uiguren in sog. Umerziehungslagern? Ach so, China ist für viele Staaten – auch der BRD – der größte Handelspartner.

Und solche „Interessen“ ersetzt dann eben das Recht (Olaf Scholz), und letztlich: Solche Interessen stellen ja auch „Werte“ dar. Da sind wir wieder bei der Wertegemeinschaft.

XV. Aber es ist ja noch weit gravierender: Die USA haben diverse Kriege alleine seitdem sie Hegemon auf diesem Planeten, also 1990, sind:

1991 Irak (Bush-Senior), dann Somalia, 1999 Serbien-Bombardement (BRD unter Rot-Grün mit falscher Begründung dabei), 2001

Afghanistan, 2003 erneut Irak (Bush-Junior), dann Syrien, Libyen, Mali.

Viele dieser Kriege wurden mit Lügen seitens der USA ausgelöst, begründet oder provoziert. Belegt und nachgewiesen. Wann kommt der Aufschrei? Dass irgendein Präsident der USA vor Gericht gestellt werden müsse?! Dass irgendein Präsident der USA wohl verrückt müsse, seiner Sinne nicht mehr Herr wäre etc.

Madleine Albright äußerte sich 1996 im Fernsehen auf die Frage der Moderatorin, dass wegen des Embargos gegen den Irak bereits 500.000 Kinder gestorben wären eindeutig: „Ja. Das ist es wert.“ Soweit ein weiteres Beispiel aus unserer Wertegemeinschaft.

Die Rolle der Zivilbevölkerung bleibt gleich

- XVI. Derzeit wird bei uns dargestellt, dass die russische Armee wie rücksichtslos gegen die ukrainische Zivilbevölkerung vorgehe. erinnert niemand mehr den 2. Weltkrieg? Hitlers Deutschland sowieso wie ohne Skrupel, aber auch die Amerikaner und Großbritannien haben gezielt Wohnviertel, ob in Hamburg, Hannover oder sonst wo kaputt gebombt. Dresden am 13.02.1945, die Stadt war voller Flüchtlinge aus dem Osten – das war den Alliierten auch bekannt – und wurde bebombt. Alles mit der ausdrücklichen Begründung, die Moral der deutschen Bevölkerung zu brechen.

Käme irgendjemand auf die Idee, die Akteure der alliierten Bombardements auf Nazi-Deutschland vor ein Tribunal zu bringen? Oder vor dem inzwischen eingerichteten Int. Strafgerichtshof in Den Haag?

Vielen ist nicht bekannt, welche Staaten ihn sowieso nicht anerkennen, faktisch auf unterschiedlichen methodischen Wegen boykottieren. Es gehören dazu: Die USA, Russland China, Indien, Irak, Iran, Israel, Kuba, Nordkorea, Pakistan, Syrien, Saudi-Arabien, Sudan, die Türkei... - Ersichtlich sind auch NATO-Staaten dabei, sogar die USA, die zwar nicht überall, aber doch recht häufig, für Frieden und Freiheit bomben.

Die NATO als Friedensbündnis

- XVII. Um den Zeitraum vor 1990 nicht vollkommen auszublenden:
1948 manipulierte das CIA die Wahlen in Italien, 1950

bombardierten die USA Nordkorea, 1953 wird die Regierung im Iran gestürzt, 1954 wird die Regierung in Guatemala gestürzt, 1961 misslingt der Sturz in Juba (Schweinebucht-Invasion), 1964 wird 11 Jahre lang Vietnam bombardiert, angeblich unter dem Vorwand der Tonking-Invasion, war auch gelogen, dafür 3 Millionen Tote, am 11.9.1973 wird Pinochet in Chile gestürzt, Pinochet eingesetzt, 1979 beginnt das CIA die Mujaheddin in Afghanistan gegen die Sowjetunion auszustatten und mit den 80er Jahren werden durch Saudi-Arabien und den USA die radikalen Muslime in Afghanistan bewaffnet und trainiert, 1979 installieren die USA Saddam Hussein, der dann ab 1980 den Iran den neunjährigen Krieg Irak / Iran vom Zaune bricht, 1986 beginnt das Embargo gegen den Irak.

XVIII. Und um mal nicht direkte militärische Abenteuer zu bemühen: 20 Millionen Afrikaner flehen die Weltgemeinschaft an, weil sie zu verhungern oder zu verdursten drohen. Die Vereinten Nationen bräuchten vier Milliarden US-Dollar, um diesen wirklichen Notstand zu beenden. Die UN erhalten dieses Geld nicht, aber dafür gehen derzeit Milliarden US-Dollar direkt aus den USA an ihren Stellvertreter Ukraine.

Wie war das noch mit der Wertegemeinschaft?

XIX. Die westliche Allianz wird die Schäden in der Ukraine weiter verstärken, den Krieg verlängern, aber nichts an dem Ergebnis ändern. Russland wird sich die Teile der Ukraine holen, die es meint zu seiner eigenen Sicherheit zu brauchen. Die EU/NATO laufen sogar Gefahr, schleichend in den direkten militärischen Konflikt (= Krieg) hineingezogen zu werden. Was das dann auch für die westlichen Territorien bedeutet, darüber mag niemand von uns ernsthaft weitere Beschreibungen anstellen. Derzeit.

Wo wird unsere Freiheit verteidigt?

XX. Bei dem Krieg zwischen eigentlich (nur) Russland und der Ukraine wird nicht unsere Freiheit verteidigt. Sie wird dort genauso wenig gesichert, wie am Hindukusch, im Irak oder in Syrien, wo der Westen, idR Allianzen der Deppen – genannt: der Willigen – Niederlagen einsteckten.

Dieser Blödsinn wird immer wieder propagandistisch bemüht. Blödsinn meint hier: Die Freiheit würde dort verteidigt. Solche Falschinformationen wurden durch Regierungsmitglieder verkündet, weil die Bundeswehr vom Grundgesetz auf die Landesverteidigung

beschränkt ist. Aus guten Gründen, sehr guten Gründen und nicht bloß, weil Deutschland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zwei Mal Russland bzw. die Sowjetunion und andere Völker überfallen hat – mit den bekannten Ergebnissen. Es gibt weitere gute Gründe.

Staatliche Fake News: Hier wie dort

- XXI. Um solche Fake News wie die Bundeswehr verteidigt unsere Freiheit am Hindukusch zu behaupten, machen sich Staatsamtsträger unglaublich. Mal wurde es für die links-alternative Zivilgesellschaft der BRD (wenn Grünlinge in Berlin mit regierten) mit Brunnenbauen, Mädchenschulen für Taliban-Töchter unterlegt etc. pp. – Hier geht es vor allen Dingen um das methodische Aufzeigen, weil ähnlicher Unfug bei den (auch) staatlichen Skandalen der NSU- wie NSA-Komplexe stattfanden und stattfinden(!) wie auch bei den bisher größten Grundrechtseingriffen – flächendeckend wie von den betroffenen Artikeln des GG her – bei der Corona-Krisenpolitik oder jetzt wieder bei dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine.
- XXII. Schon 2002 (SPD-Verteidigungsminister Peter Struck), heute (SPD-Verteidigungsministerin Lambrecht) und zwischendurch mit den LeistungsträgerInnen Franz Josef Jung (CSU, der wie Falschgeld agierte), Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU, ein aufgeblasener Betrüger: Marke Annalena Baerbock), Thomas de Maiziere (CDU, der Watschenmann schlechthin für Mutti), Ursula von der Leyen (CDU, noch so ein aufgeblasener Heißluftballon), Annegret Kamp-Karrenbauer (CDU, bei ihr fehlen selbst uns die Worte) und nun Oma Lambrecht. Übrigens war von Februar 1938 bis Ende April 1945 Adolf Hitler Reichswehrminister. Nur mal so erwähnt, denn die BRD stellte sich ja im Gegensatz zur DDR ausdrücklich als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches auf.
Von daher sind unsere Pfeifen im Staatsamt der Bundesverteidigungsministers nachgerade ungefährlich?!??
- XXIII. Nein. Sie sind brandgefährlich, weil auch die erfolgreiche Entspannungspolitik von Willy Brandt/Egon Bahr nur deshalb gelingen konnte, weil man in der damals noch kleinen – nicht vereinigten – Bundesrepublik Deutschland auf eine Armee von rund 500.000 Soldaten zurückgreifen konnte. Und die Armee funktionierte. Im Gegensatz zu der heute existierenden Truppe. Die

seitdem Verantwortung tragenden Bundesminister für die Verteidigung bzw. Bundeskanzler sollten endlich in die Verantwortung genommen werden.

Bis 1990 betrug der Anteil des Haushalts für die Bundeswehr immer um die drei Prozent am Bruttoinlandsprodukt; auch ohne NATO-Beschluss wie jetzt von vor acht Jahren. Und über Letzteres wurde innenpolitisch gefochten wie um ein Dogma.

Staatlich organisierte Erpressbarkeit

XXIV. Durch dieses Desaster von Armeesind wir als Staat nicht nur erpressbar, wie sich nicht nur bei dem NSA-Skandal zeigte, sondern gerade jetzt wieder bei dem Krieg in der Ukraine. Wir sind auf den Atom-Schutzschirm der USA angewiesen und schon spielte Mutti Obamas bzw. vorher Bushs Pudel, wenn sie mal wieder bei Putin anrufen musste, und genauso erbärmlich agiert derzeit Olaf, der Schlumpf (O-Ton Söder). Besser: OWD = Olaf will das so, egal was irgendwo steht. Das war schon in Hamburg als Bürgermeister sein Führungsstil und jetzt – siehe Koalitionsvertrag, SPD-Parteiprogramm – auch wieder.

XXV. Die USA spielen ihr geostrategisches Spiel derzeit auf dem Rücken ihrer Verbündeten in Europa. Es war vor Kriegsbeginn klar, dass die NATO am Zaun (= Grenze zur EU/NATO) bleiben wollte um Zuzuschauen und Anzufeuern. Natürlich auch Waffen liefern, nachrichtendienstliche Informationen – und dies mittlerweile in einem Ausmaß, wie am Fließband, als wenn sie selbst militärisch kämpfte. Sie hat sich den Kampf der Ukrainer längst angeeignet.

XXI. So sind auch die Wirtschaftssanktionen vor allem auf Kosten der EU-Länder zu sehen. Mehr als auf Kosten von Russland. Das wird ja laaangsam auch dem größten Fan-Club der Ukraine hier klar. Wir schliddern nicht, sondern rauschen nachgerade im gesamten EU-Raum in Rezessionen hinein wie nie zuvor seit dem 2. Weltkrieg. Die EZB-Präsidentin betreibt mit ihrer absurden Null-Zinspolitik das Geschäft der südlichen EU-Staaten, die ansonsten – wie schon zur sog. Finanzkrise 2008, die bereits eine Systemkrise gewesen ist – insolvent gingen.

Und sie lügt ohne Unterlass darüber warum sie den Leitzins der Europäischen Zentralbank nicht anhebt, obwohl die 2 Prozent Inflationsgrenze grandios überschritten ist. Sie reißt alle Kriterien,

auch die selbst definierten Kriterien – so wie die Bundesregierung jene bzgl. von Rüstungsgütern und insbesondere Kriegswaffen.

Militär und Finanzsystem = Hegemonie

XXII. Wir werden also nicht bloß von Feiglingen und Opportunisten, sondern auch von Lügern regiert. Und die Verfassungsorgane machen weitestgehend mit. Das westliche marode gewordene Finanzsystem unter Führung der USA, die den US-Dollar hemmungslos einsetzten, um sich selbst mit Abstand auf Platz 1 zu halten, ist an sein Ende gekommen.

Saudi-Arabien steht kurz davor, sein Öl mit China in Renminbi abzurechnen. China selbst arbeitet an einem alternativen Abrechnungssystem. Russland und Indien ebenfalls. Warum wohl?

Der US-Dollar kommt gerade an das Ende seiner Geschichte als Leitwährung.

Und was Christine Lagarde als Präsidentin der EZB in Kontinuität von Draghi veranstaltet, spottet genauso jeder Beschreibung. So wie das serielle Brechen der Verträge um die EU zur No-Bail-Klausel etc. – Während Draghi nicht bloß wie ein Mafiosi aussieht und auch eine entsprechende Politik macht, ist dies bei Christine Lagarde schwerer zu erkennen.

XXIII. Auch diese Bundesregierung bricht bestehende internationale Verträge, indem sie russisches Vermögen – ob Devisen, Kontenbestände, Schiffe, Wohnungen ... - einfach beschlagnahmt. Sie mag sich als besonders schlau ansehen, im Verbund mit dem gesamten kulturell als westlich geltenden Staaten wie auch Japan, Australien, usw. ein Sanktionsregime gegen Russland aufzubauen.

Nach Nordkorea (inzwischen Atommacht, incl. Langstreckenwaffen als Trägersystem), dem Iran (demnächst Atommacht), nun auch noch Russland. Wer soll denn noch alles sanktioniert werden?

Irgendwann handelt der Westen nur noch untereinander? Mit sich selbst?

Dass nahezu alle Oligarchen aus dem KGB kommen, nicht selten hoch gestellte Offiziersränge einnahmen, wusste man auch schon vorher.

XXIV. Einige in Berlin glauben scheinbar, die Erde sei eine Scheibe. Aber nein, Olaf, Robert/Annalena, Christian Lindner: Die Erde ist vor Kopernikus keine Scheibe gewesen und sie wird es auch jetzt nicht

werden. Russland wird auf dankbare Abnehmer seiner Rohstoffe in China und Indien (sowie weiterer Länder) treffen.

Der Westen, wie wir ihn kennen, schafft sich gerade ab. Die USA werden wenn es wirklich eng werden sollte, die EU genauso hängen lassen wie sie es in anderen Kriegen mit Verbündeten tat – ob die Kurden nach dem Syrien-Einsatz gegen das IS-Mittelalter....

Trump war nur ein Vorgeschmack auf das was jetzt kommt.

Was der eine „darf“ (USA) gereicht dem anderen (RUS) zum Schurkenstatus

XXV. Was für uns nur noch bizarr ist : Da hat man also über Monate im Stillendieses Sanktionsregime aufgebaut – so Olaf, der Volltrottel (s.a. unsere PM vom Volkstrauertag 2021 sowie jene vom 2.3.2022) – und dann kommt nicht mehr dabei rum?! Die eigene Bevölkerung hamstert Weizen oder Speiseöl, dass die Regale leer stehen?!

Und die EU sowie weitere Staaten überschlagen sich bei dem Sanktionsregime gegen Russland. Wo waren diese ethischen Sonntagshelden als es in Syrien, in Libyen, dem Irak, Afghanistan grauenvoll zur Sache ging? Warum erleben wir jetzt in bundesdeutschen Medien eine Kriegsberichterstattung wie noch nie?! Mit emotionalisierten Beiträgen wie in der Regenbogenpresse, spekulativen Gedankenspielen: Was macht Russland wenn es konventionell nicht weiterkommt? Wird Russland taktische Atomwaffen einsetzen usw. – ständig unterlegt durch den Hetzer Jelinsky in Kiew und seinen US-amerikanischen Souffleuren.

Hier stimmen die Relationen vorne und hinten nicht mehr.

XXVI. Tatsächlich befindet sich der Westen in einem Wirtschafts-, Handels- und Finanzkrieg gegen Russland der alles bisher da gewesene in den Schatten stellt – selbst die Blockade der Hanse von Brügge im 14. Jahrhundert verblasst dagegen - und tatsächlich liefert der Westen, insbesondere NATO-Staaten, wie am Fließband Waffen in die Ukraine hinein, dass faktisch längst eine militärische Kriegsteilnahme festgestellt werden muss.

Die Ukraine kann das meiste davon gar nicht einkaufen. All das Zeug wird ihr nach dem Motto geschenkt: „Macht was draus.“ – „Wir dürfen/wollen nicht mitschießen.“ – „Schadet den Russen wie ihr noch vermögt.“ – Wie auf dem Jahrmarkt: „Haut den Lukas (= Russen), wo ihr nur könnt.“ Und weil sich „der Westen“ diesen Krieg zu eigen gemacht hat, schiebt Jelinsky gleich noch weitere Forderungen nach: Zunächst 50 Mrd. US-Dollar von den G 7-Gruppe, um im normalen Haushalt noch zurechtzukommen und

später hunderte Milliarden Dollar für den Wiederaufbau. Es ist die Rolle seines Lebens, Vortraining im Spielfilm „Diener des Volkes“.

Die G 7 haben 50 Mrd. Dollar schon mal zugesagt. Für ein durch und durch korruptes aber eben willfähriges Land. - Damit beenden wir den kurzen Ausflug in die westliche Wertegemeinschaft.

Was wird Russland tun?

XXVII. Russland wird diesen Krieg so zu Ende führen wie es für die Wahrung seiner Sicherheitsinteressen erforderlich ist, nachdem die NATO alle Vermittlungsversuche aus Moskau brüsk zurückwies und die Ukraine (mit ihrer Bevölkerung) zur Knautschzone machte. In Kürze wird Russland kein Gas mehr nach Europa leiten. Für Österreich bedeutet das eine Mega-Katastrophe. Für die BRD mindestens eine Katastrophe. Und die EU wird sich danach nicht mehr wiederfinden.

XXVIII. Gleichzeitig beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland an der Dämonisierung von Russlands Präsidenten Putin. Dabei muss das Interesse unseres Landes – wie dem gesamten Europa - darin bestehen, mit Russland im Ausgleich zu leben. Nach wie vor kann niemand eine vernünftige Antwort zu dem Vergleich geben, was die USA dagegen haben sollten, wenn Mexiko russische Raketen an seiner nördlichen Grenze stationieren würde! So wie NATO-Raketen an der russischen Grenze stationiert werden: Baltikum, Polen oder womöglich bald schon in Finnland.

Die Antwort auf die Frage der russischen Raketen in Mexiko kennen alle: Die Kuba Krise Ende 1962 brachte die Welt an den Rand des Abgrunds. – Warum sollte das anders sein, wenn die NATO Raketen an der russischen Grenze platziert?

Mehrfach putschten die USA in mittel- wie südamerikanischen Staaten – teilweise mit der Armee – unter dem Vorwand, die Demokratie einzuführen; siehe auch Afghanistan, Irak und andere. Sie taten es nicht. Sie wollten anderes. Wo ist der große methodische Unterschied zum russischen Vorgehen zu erkennen?

Wozu sind Sanktionen gedacht?

XXIX. Der Sinn von Sanktionen besteht darin, ein bestimmtes Ziel zu erreichen und dem sanktionierten Staat erkennen zu lassen, was er tun muss, um von den Sanktionen befreit zu werden. Ggü. Russland hebt geradezu eine Vernichtungsrhetorik, selbst aus den Mündern bundesdeutscher PolitikerInnen von CDU, CSU, FDP und Grünen an, dass einem nur mulmig werden kann.

Und neben dem Kriegswaffenkontrollgesetz, dem GG, AEUV gibt es weitere klare rechtliche Vorgaben:

Zum Beispiel keinen Militäreinsatz ohne UN-Mandat. Auch hier hören wir nicht nur den Schwamm-drüber-Blues, sondern stattdessen hektisches Kriegsgeschrei.

Wir wollen nicht im kleinen Karo, also kleinkariertem verlieren, aber die sportlichen Sperren, ob in Wimbledon wie sonst wo. Die Berufsverbote gegen Dirigenten wie in München oder gegen OpernsängerInnen ohne deren öffentliche Selbstkritik.

Was soll so etwas? Im GG steht gleich im Art. 3, dass niemand wegen seines Geschlechts, seiner Sprache, Herkunft, politischen wie religiösen Anschauungen benachteiligt werden darf. – Ach, hier sind wir wieder in einer besonderen Kategorie der westeuropäischen Wertewelt? Eine sehr unheilvolle Interpretation und „Tradition“ unserer Wertegemeinschaft.

XXX. Wir haben über acht Wochen Kriegszeit der russischen „militärischen Spezialoperation“, der letztlich nichts als einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg sprachlich ummantelt darstellt hinter uns. Also etwas was seitens der USA in Serie (Afghanistan, Irak, Libyen, ...) begangen worden ist. Auch dort incl. outgesourcten Spezialoperationen mit Söldner-Organisationen etc.

Wer so etwas vormacht darf sich nicht über's Nachmachen wundern. Ärgern können sich allerdings die Bürger der beteiligten Länder.

Was passiert, wenn wir eine echte Krise bekommen?

XXXI. Ein sehr kluger Kopf äußerte schon zu Zeiten des katastrophalen Corona-Krisenmanagements: „Was passiert erst wenn wir mal eine wirkliche Krise bekommen?!“

Eine wirkliche Krise ist da. Wir sehen erneut irrwitzig anmutende

PolitikerInnenaktionismen, bürokratische Eigendemontage, eine tief unten stehende suboptimale Verwaltung mit den erkennbaren Ergebnissen weiterer Wohlstandsverluste und mehr Unsicherheit denn je zuvor seit 1949. Dieses Land befindet sich in einer Krise, die aber erst richtig entwickelt sein wird, wenn demnächst das Erdgas aus Russland nicht mehr geliefert wird.

XXXII. Was auch unter dem Radar bleibt: Bundes- wie Landespolizeien verschließen die Augen vor hundertfachem Missbrauch im Zusammenhang mit den Flüchtlingsströmen aus der Ukraine.

Da werden Roma und Sinti aus Bulgarien, Rumänien, vom Balkan mit gefälschten Pässen durchgewunken, in Kreisen registriert, und weil die Kommunikation zwischen den Landkreisen nicht funktioniert, holen sich viel zu viele mehrfach Begrüßungsgelder ab. Und nicht nur das Begrüßungsgeld.

XXXIII. DolmetscherInnen und andere erleben seit Wochen, dass beispielsweise gefälschte ukrainische Pässe von PolizeibeamtInnen akzeptiert werden. Es gibt keinen ukrainischen Pass, in dem der Geburtsmonat in russischer Schrift zu lesen ist; es sei denn er ist gefälscht.

Inzwischen werden auf Geburtsurkunden ohne Stempel oder sonst irgendwas Geld ausbezahlt. Spielort: München.

XXXIV. Da erleben sozial Schwache wie sie wieder mal gegeneinander ausgespielt werden. Eine Frau mit Kind sitzt seit Jahren im Frauenhaus fest, weil nicht genug Sozialwohnungen gibt. Und erlebt nun, dass für alle, die Geflüchtetenstatus haben, nun sehr schnell Wohnungen zugeteilt werden.

XXXV. Es gibt diese Vorgänge mindestens Dutzendfach. Es wiederholt sich die Fehlerkultur aus 2015/16. Nach wie vor werden hier einreisende Flüchtlinge weit über das hinaus was das Bundesinnenministerium einräumt, nicht registriert.

Die Reaktionen in der Bevölkerung von vor sechs Jahren wie im politischen Raum sind bekannt. Man hätte daraus lernen sollen.

Mit der Bitte um Veröffentlichung

Thomas Wüppesahl

Der eingangs angekündigte Artikel/Interview aus der DIE WELT von vor drei Tagen:

DIE WELT; Polizeigewalt auf Corona-Demos

„Andernfalls ist man bloß eine Schönwetter-Demokratie“

Stand: 19.04.2022, 12:29 Uhr | Lesedauer: 7 Minuten

Von Benjamin Stibi

Der Schweizer Rechtsprofessor Nils Melzer war bis März 2022 UN-Sonderberichterstatter über Folter

Quelle: pa/KEYSTONE/SALVATORE DI NOLFI

Der Rechtsprofessor Nils Melzer hat als UN-Sonderberichterstatter über Folter einige Fälle von brutalem Vorgehen der Polizei bei den Berliner Querdenken-Demos untersucht. Diese stehen aus seiner Sicht stellvertretend für eine verzerrte deutsche Wahrnehmung beim Umgang mit Polizeigewalt.

Der Schweizer Rechtsprofessor Nils Melzer war bis zum 31. März UN-Sonderberichterstatter über Folter. Als solcher hat er seit 2016 die Einhaltung des Misshandlungs- und Folterverbots in den UN-Mitgliedstaaten überwacht und Beschwerden von möglichen Opfern entgegengenommen und an die Behörden zur Untersuchung weitergeleitet. Während der Pandemie wurden ihm auch unverhältnismäßige Übergriffe bei Demonstrationen gegen die Coronamaßnahmen durch Polizisten gemeldet.

WELT: Nach einer Querdenken-Demo in Berlin im August vergangenen Jahres kursierten in sozialen Medien unzählige Videos, auf denen man vermeintliche Polizeigewalt sehen konnte. Sie haben einige Fälle ausgewählt und die Bundesregierung zur Stellungnahme aufgefordert. Wieso haben Sie interveniert?

Nils Melzer: Wie in vielen modernen Demokratien ist in Deutschland zwar allgemein akzeptiert, dass Folter und Misshandlung nicht erlaubt sind – aber die Polizeigewalt ist ein blinder Fleck, insbesondere bei Verhaftungen oder Demonstrationen. Die Hinweise, die ich bekommen habe, zeigten einen besorgniserregenden Trend. Zahlreiche Szenen zeigten Polizisten, die eindeutig exzessive Gewalt einsetzten, während die umstehenden Beamten einfach zuschauten oder sogar mithalfen. Das ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass es sich nicht um Einzeldelikte handelt, sondern bereits um eine Kultur der Toleranz für Polizeigewalt.

WELT: Können Sie ein paar dieser Fälle beschreiben?

Melzer: Man sieht sehr häufig, dass Menschen ohne jede Notwendigkeit zu Boden geworfen werden – das scheint so ein bisschen dazuzugehören, kann aber zu ernsthaften Verletzungen führen. In einer Situation wurde bei einer friedlichen Polizeikontrolle eine Frau daran gehindert, sich zu ihrem Mann zu gesellen, der einem Beamten den Kofferraum seines Autos zeigte. Als sie sich verbal darüber aufregte, kam es vonseiten der Beamten zu einer geradezu grotesken Eskalation, in deren Verlauf die Frau grundlos in einen schmerzhaften Polizeigriff gezwungen und ihr Ehemann und ein Bekannter, die ihr zurecht zu Hilfe eilen wollten, brutal zu Boden gebracht wurden. Es waren sieben Polizisten anwesend, es handelte sich um eine völlig kontrollierte Situation, in der kein Beteiligter auch nur die geringste Gefahr darstellte,

welche den Gewalteininsatz gerechtfertigt hätte. Das Video habe ich auch der zuständigen Polizeipräsidentin geschickt und eine Stunde lang mit ihr dazu telefoniert.

Lesen Sie auch

Profitstreben der Kliniken

[„Manche Patienten möchte man am liebsten von der Klinik fernhalten“](#)

WELT: Und?

Melzer: Sie hatte kein Verständnis für meine Kritik. Die Polizei scheint der Irrmeinung zu sein, dass jede ihrer Maßnahmen um jeden Preis durchgesetzt und sogar rein verbale Widerrede sofort mit Gewalt gebrochen werden muss.

WELT: Was gab es noch?

Melzer: In einem anderen Fall ging es um einen Mann, der in Anwesenheit einer Gruppe von Polizisten auf einem Platz friedlich aus dem Grundgesetz vorlas und danach in aller Ruhe mit dem Fahrrad wegfahren wollte. Ohne jede Vorwarnung kam ein Polizist von hinten angerannt, schlug ihm den Arm ins Genick und warf ihn brutal zu Boden. Mir gegenüber erklärte die Bundesregierung diese Gewaltanwendung für gerechtfertigt, da der Mann mit seiner Rede weitere Demonstrationen hätte provozieren können.

WELT: Wie sehen Sie das?

Melzer: Diese Aktion war eindeutig unzulässig. Menschen auf den Boden zu werfen, ist gefährlich und demütigend. Das darf man nur, wenn es wirklich notwendig und verhältnismäßig ist. Die Wahrnehmung der deutschen Behörden ist hier sehr verzerrt.

Lesen Sie auch

Ethikratschefin Alena Buyx

[Der Politik nach dem Mund geredet? „Das ist Skandalisierung“](#)

WELT: In einem weiteren Fall, der sich am 01. August 2021 mittags in der Berliner Suarezstraße zugetragen hat, liegt ein Mann gefesselt auf dem Boden, er ist blutüberströmt und regungslos. Er soll zuvor versucht haben, einen Beamten davon abzuhalten, einen anderen Demonstranten zu schlagen. Nun kniet ein Polizist auf ihm und prügelt mit der Faust auf ihn ein. Schließlich wird es anscheinend sogar seinen Kollegen zu viel und sie zerren ihn weg. Der Berliner Innensenator erklärte ein paar Tage später, „dass nicht alles so war, wie es aussieht“. Die Videos hätten beispielsweise nicht gezeigt, dass der Festgenommene versuche, den Beamten in den Oberschenkel zu beißen.

Melzer: Mir wurde dieser Rechtfertigungsversuch nicht mitgeteilt. Er wirkt angesichts der dicken Krawalluniform der Polizisten unglaublich und stimmt auch nicht mit den im Video sichtbaren Bewegungsabläufen überein. Selbst wenn es so gewesen wäre, hätte der Polizist den Biss zwar abwehren dürfen, etwa indem er das Bein wegschiebt oder einen Knüppel dazwischen hält. Doch stattdessen wurde dieser Mann, der sich bereits in Polizeigewahrsam befand, offenbar bewusstlos geschlagen, wofür es schlicht keine

Rechtfertigung gibt. Polizeiliche Selbstjustiz und Körperstrafen sind auch gegen angebliche Gewalttäter nicht zulässig.

WELT: Somit hätten aus Ihrer Sicht in allen diesen Fällen die entsprechenden Polizeibeamten sanktioniert werden müssen?

Melzer: Jeder dieser Fälle muss zumindest straf- und disziplinarrechtlich untersucht werden.

WELT: Aber in Deutschland ist das ja ersichtlich nicht passiert. Sie haben in Ihrem Schreiben auch nach der Anzahl an Polizeibeamten gefragt, gegen die seit Januar 2020 wegen ihres Verhaltens auf Demonstrationen ermittelt wurde, und in wie vielen Fällen es zu entsprechenden Sanktionen kam. Laut der Antwort der Bundesregierung wurde bisher bundesweit ein Polizist in diesem Kontext verurteilt. Gleichzeitig mussten bereits hunderte Demonstrationsteilnehmer ein Bußgeld zahlen. Wie bewerten Sie das?

Melzer: Hier wird offenbar mit zweierlei Maß gemessen. Bei Polizeigewalt besteht eine große Diskrepanz zwischen den normativen Ambitionen der deutschen Rechtsordnung und deren Umsetzung durch die Behörden. Insgesamt vermitteln die offiziellen Statistiken den Eindruck von De-facto-Straflosigkeit durch Verfahrenverschleppung. Denn wenn es überhaupt zu Verfahren gegen Polizeibeamte kommt, bleiben diese oft monate- oder jahrelang irgendwo hängig und werden dann sang- und klanglos eingestellt, angeblich aus Beweismangel.

Gleichzeitig sind die Behörden aber stolz darauf, dass sie Teilnehmer an verbotenen Versammlungen oft innerhalb von 24 Stunden verurteilen können. Diese Ungleichbehandlung ist nicht zu rechtfertigen, insbesondere wenn die Gewaltexzesse der Beamten und deren Identifikationsnummern auf Video festgehalten sind. Da die Polizei über klare Handlungsvorgaben und Befehlsketten verfügt, müsste es eigentlich einfacher sein, fehlbare Beamten zur Rechenschaft zu ziehen als Demonstranten, die oft aus ganz verschiedenen Beweggründen vor Ort sind. Berlin, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Hessen konnten mir die angefragten Zahlen gar nicht erst liefern, schrieben aber gleichzeitig, dass jede Gewaltanwendung der Polizei systematisch untersucht werde. Aber wie können sie das behaupten, wenn sie nicht einmal Statistiken dazu haben?

WELT: Sie üben grundlegende Kritik.

Melzer: Das System funktioniert nicht. Erfahrungsgemäß produziert selbst die disziplinierteste Polizeikraft der Welt statistisch eine gewisse Anzahl an Disziplinarfällen und Delikten, insbesondere bei der Anwendung von Gewalt im Einsatz. Dass in Deutschland praktisch keine Sanktionen wegen Polizeigewalt verhängt werden, ist daher kein Zeichen von Wohlverhalten, sondern eher von Systemversagen. Das ist besorgniserregend, zumal es nicht nur um die Bestrafung der individuellen Täter geht, sondern auch um eine klare Botschaft, dass Polizeigewalt nicht toleriert wird.

Lesen Sie auch

Maskenpflicht

[Plötzlich umgeht das „Hausrecht“ die Gesetzeslage](#)

WELT: Auch in unseren Nachbarländern wurden scheinbar unliebsame Demonstrationen gegen Coronamaßnahmen zum Teil gewaltsam von der Polizei aufgelöst. Hat die Angst vor möglichen „Superspreading-Events“ dafür gesorgt, dass Polizeigewalt eher geduldet wird?

Melzer: Die Politik hat eine große Verantwortung beim Aufbau von Narrativen. In vielen Ländern hat sie in den vergangenen zwei Jahren dazu beigetragen, dass sich die Gesellschaft polarisiert, indem sie die Demonstranten als Staatsfeinde dargestellt hat. Aber der Trend zu immer mehr Polizeigewalt war schon vor der Pandemie erkennbar - Stichworte: „gilets jaunes“, „black lives matter“ und „extinction rebellion“. Das hängt auch mit der Terrorbekämpfung zusammen: Seit dem 11. September 2001 wurde die Polizei weltweit zunehmend militarisiert. Die Beamten sehen die Bürger nicht mehr nur als schutzbedürftige Zivilisten, sondern immer auch als potenzielle Feinde. Diese Haltung ist angesichts der sehr realen Terrorgefahr zwar nachvollziehbar, gleichzeitig aber auch sehr gefährlich, denn es ist nur eine Frage der Zeit, bevor die Bevölkerung ihrerseits die Polizei als Feind wahrzunehmen beginnt.

WELT: Wie geht es nun in dem Verfahren weiter? Welche konkreten Maßnahmen erwarten Sie?

Melzer: Die Staatsanwaltschaft ist verpflichtet, jeden der von mir vorgelegten Fälle von Amtes wegen zu untersuchen, denn Folter und Misshandlungen sind immer Offizialdelikte. Allfälliges Fehlverhalten ist zeitnah zu bestrafen, Opfer sind zu entschädigen und die Einsatzregeln anzupassen. Im heutigen Umfeld müssen alle modernen Demokratien aufpassen, dass sie der Rechtsstaatlichkeit treu bleiben. Das bedeutet in erster Linie, dass sie den Mut und den Willen aufbringen müssen, Rechtsbrüche durch eigene Behörden und Beamten mit aller Konsequenz zu bekämpfen. Tun sie das nicht, sind sie keine wirklichen Rechtsstaaten mehr, sondern nur noch Schönwetter-Demokratien.